

unsere Welt unsere Würde unsere Zukunft

2015 ist ein besonderes Jahr für die Entwicklung: Erstmals widmet sich ein europäisches Themenjahr den Außenbeziehungen und der Verantwortung Europas in der Welt. Entwicklungsorganisationen in ganz Europa haben seit Beginn des Jahres Gelegenheit, den Kampf gegen die weltweite Armut in den Fokus zu rücken und die europäischen Bürgerinnen und Bürger für ihre Anliegen zu gewinnen. Gleichzeitig läuft 2015 die Frist für die Verwirklichung der im Jahr 2000 vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele ab. Die internationale Gemeinschaft muss Bilanz ziehen und sich auf einen neuen globalen Rahmen für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung einigen.

Auch die Europa-Union Deutschland wird sich in diesem Jahr verstärkt mit Entwicklungspolitik sowie der damit eng verbundenen Flüchtlings- und Migrationspolitik befassen. Bei unserem 60. Bundeskongress am 25./26. April in Memmingen nehmen diese Themen einen prominenten Platz ein. Einer der Höhepunkte des Kongresses ist die Ansprache von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. Unter dem Kongressmotto „Europa gestalten – Frieden erhalten“ beschäftigen sich die Delegierten explizit auch mit

der globalen Rolle der EU und ihrem Selbstverständnis als Verfechterin der Menschenrechte und eines fairen und wertgeleiteten Miteinanders in der Welt. Gerade angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen innerhalb der EU dürfen wir den Rest der Welt nicht vergessen. Der Themenkomplex „Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Flüchtlings- und Migrationspolitik“ wird daher in Memmingen von einem Arbeitskreis behandelt und ist Gegenstand eines Leitantrags.

Mit der Schwerpunktsetzung auf die Entwicklungspolitik wird die Europa-Union einmal mehr ihrem Anspruch als Bürgerbewegung gerecht. Die Menschen in der EU haben zu diesem Thema nämlich eine deutliche Meinung. Eine 2013 durchgeführte Eurobarometer-Umfrage ergab, dass mehr als 80 Prozent der Befragten Entwicklungshilfe wichtig finden. 60 Prozent sind sogar der Meinung, dass noch mehr Entwicklungshilfe bereitgestellt werden sollte. Zwei Drittel würden der Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern höhere Priorität auf EU-Ebene einräumen. Allerdings haben 50 Prozent der Befragten keine Vorstellung davon, wo die Entwicklungshilfe der EU eigentlich hingeht.

2015 will die Europäische Kommission mit dem Europäischen Jahr den Bürgerinnen und Bürgern die EU-Entwicklungshilfe näherbringen und ihnen zeigen, dass damit langfristig wirklich etwas bewegt werden kann. Sie will Rechenschaft über die sinnvolle Verwendung der Gelder ablegen und belegen, wie damit Menschen in der ganzen Welt geholfen wird, die schuldlos in Armut leben müssen und mit dieser Hilfe ihr Leben

zum Wohl ihrer Familien und Gemeinschaften wieder in die Hand nehmen können. Für die Europäische Kommission liegt eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit sogar in Europas ureigenem Interesse: Es ist nicht nur gerecht, Entwicklungsländer beim Aufbau friedlicher und florierender Gesellschaften zu unterstützen – die Welt kann dadurch sicherer werden und Europa ein besseres Wirtschafts- und Handelspotenzial eröffnen.

Auf der Webseite www.ej2015.de können eigene Veranstaltungen veröffentlicht sowie die offiziellen Logos bezogen werden. Darüber hinaus finden sich umfassende Informationen zum Europäischen Jahr auf der Homepage der Europäischen Kommission: www.europa.eu/eyd2015/de. ♦

Grafiken: Europäische Kommission

Aus dem Inhalt

Verteidigung europäisch gestalten	2
Sorgen der Gesellschaft aufgreifen	4
Roaming-Gebühren abschaffen	5
Auch im Osten ist Europa	6



2015
Europäisches Jahr
für Entwicklung

Verteidigung europäisch gestalten

Roderich Kiesewetter MdB (CDU) und Dietmar Nietan MdB (SPD)
sprechen sich für eine vertiefte Europäische Verteidigungspolitik aus

Internationale Krisen, Terrorismus, Bürgerkriege und territoriale Konflikte auch in Europas Nachbarschaft, Katastrophen und Flüchtlingswellen: Europa steht vor erheblichen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Viele unserer Nachbarstaaten und Partner sehen sich in ihrer Stabilität und Integrität bedroht. Die Hinwendung der USA Richtung Asien verstärkt die wahrgenommene Unsicherheit vieler europäischer Staaten. Die fortlaufenden Auswirkungen der Finanzkrise schränken die sicherheitspolitischen Maßnahmen einzelner europäischer Staaten bis heute merklich ein.

Herausforderungen und Ziele

Um den internationalen Herausforderungen zu begegnen, bedarf es neben der Stabilisierung von Krisenregionen einer strategischen Debatte über unsere Sicherheitsinteressen. Wir müssen die Integrität der europäischen und transatlantischen Sicherheitssysteme, von denen Deutschland maßgeblich profitiert, schützen und stärken. Des Weiteren stehen wir in der Verantwortung, als zuverlässiger Partner zur kollektiven Sicherheit beizutragen. In einem „Fünfklang“ müssen folgende Fragen gestellt werden:

- Welche Interessen beabsichtigen wir mit unserem sicherheitspolitischen Engagement zu erfüllen?
- Welche Aufgaben können und wollen wir übernehmen?
- In welchen Regionen der Welt wollen wir uns einsetzen?
- Welche militärischen und zivilen Instrumente benötigen wir?
- Wie erklären wir unserer Bevölkerung und unseren Partnern unser Engagement klar und deutlich?

Warum ist der Aufbau einer europäischen Armee notwendig?

Der „Fünfklang“ zeigt die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit: Deutschland kann nicht im Alleingang angemessen auf die Vielzahl internationaler Konflikte

reagieren. Deckungsgleiche Interessen und ein gemeinsamer Fokus auf bestimmte Regionen ermöglichen eine vereinfachte Koordinierung militärischer, diplomatischer und entwicklungspolitischer Anstrengungen.

Die Notwendigkeit der Konvergenz europäischer Sicherheitspolitik und ihrer jeweiligen militärischen und zivilen Infrastruktur ergibt sich vorrangig aus den angeführten internationalen Herausforderungen, der fortschreitenden Multilateralisierung von Sicherheitspolitik sowie dem Konsolidierungszwang nationaler Haushalte. Eine integrierte europäische Sicherheitspolitik erleichtert die Beschaffung und Bereitstellung gemeinsamer Fähigkeiten. Zur Koordinierung auf europäischer Ebene eignen sich der Europäische Rat sowie das Europäische Parlament (EP). Parlamentarische Kontrolle ist für eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik sowie eine europäischen Streitkraft unabdingbar. Wichtig und sinnvoll wären außerdem die Implementierung eines Verteidigungsausschusses im EP, die Einrichtung eines ständigen Hauptquartiers und einer europäischen Militärakademie.

Die europäischen Verträge enthalten wichtige Impulse für eine europäisierte Sicherheitspolitik. Eine der wichtigsten Neuerungen im Lissaboner Vertrag ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), die am Schnittpunkt zwischen EU-rechtlichen und rüstungspolitischen Hemmnissen ansetzt. Stärken der SSZ sind der flexible Mechanismus und die niedrigen Hürden bei der Initiierung sicherheitspolitischer Kooperation. Zwar bedarf es dazu einer qualifizierten

Mehrheit des Europäischen Rates (vgl. EUV Art. 46), allerdings versichern Rechtsexperten, dass die Hürden in der Praxis eher gering seien (von Kielmansegg, in: Blanke/Mangiameli (Hrsg.): Commentary on the Treaty on European Union (im Erscheinen), Art. 46, Rn. 50 ff.). Dabei kann die SSZ eine partnerschaftliche Zusammenarbeit sowohl beim Pooling & Sharing als auch bei der Synchronisierung der nationalen Streitkräftestruktur und gemeinsamer militärischer Missionen befördern.

Die SSZ ermöglicht zudem eine effektive Nutzung der über 1,5 Millionen Soldaten der EU-Mitgliedstaaten. Eine Europa-Armee könnte aus den Kontingenten verschiedener Kooperationen im Rahmen der SSZ gebildet werden. Sie müsste keine stehende Armee sein, sondern auf Einsatzerfordernisse ausgerichtet zusammengestellt werden.

Die institutionellen Rahmenbedingungen bleiben aber von der politischen Willensbildung der EU-Mitgliedstaaten abhängig. Die europäischen Beteiligungen an Einsätzen auf dem Balkan, in Afghanistan und in Libyen beweisen, dass eine Kooperation trotz unterschiedlicher Strategien und nationaler Einsatzvorbehalte funktionieren kann. Auch die Spezialisierung einzelner nationalstaatlicher



Roderich Kiesewetter ist Abgeordneter für den Wahlkreis Aalen-Heidenheim in Baden-Württemberg. Er gehört dem Auswärtigen Ausschuss an und ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Obmann für Außenpolitik.

Bild: Büro MdB Kiesewetter

Armeen ist längst Realität. Dennoch stehen Befürchtungen europäischer Staaten, sich im Krisenfall nicht auf die Benutzung der Kapazitäten Verbündeter verlassen zu können, einer langfristigen strategischen und militärwirtschaftlichen Integration Europas entgegen.

Deutschlands Rolle im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts

Deutschland hat ein zentrales Interesse an der Europäisierung der Sicherheitspolitik. Die mit der SSZ verbundenen Möglichkeiten, Streitkräfte zu koordinieren und Lasten des Krisenmanagements zu verteilen, sind für uns von zentraler Bedeutung. Zudem war und ist es Deutschlands strategisches Ziel, neben der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration auch eine Europäisierung der Sicherheitspolitik voranzutreiben. Ferner muss es im deutschen Interesse sein, die Sicherheit der osteuropäischen Partnerstaaten zu garantieren.

Ohne Deutschland bleibt eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nur Stückwerk. Ein erster Schritt zur Übernahme von mehr Verantwortung auch und insbesondere unter Beteiligung der Bundeswehr ist das sogenannte Rahmen-nationenkonzept der NATO (Framework Nations Concept). Hierbei handelt es sich um die Allokation und Bereitstellung von Ressourcen zur Gewährleistung einer schnellen, flexiblen und effektiven Reaktion auf internationale Krisen sowie einer stetigen Kon-

vergenz europäischer Rüstungsprogramme. Im Kontext internationaler Krisen und der europäischen Finanzkrise liegt Deutschlands Aufgabe in einer multilateral eingebetteten, verantwortungsvollen Führungsrolle.

Eine Aufgabenverteilung auf mehrere Rahmennationen zusammen mit der „Rollen-spezialisierung“ einzelner Mitgliedstaaten führt zur besseren Allokation von Ressourcen und Fähigkeiten. Gleiches gilt für das Prinzip der Anlehnungspartnerschaft. Im Kern geht es hier um den Zusammenschluss europäischer Staaten mit klar definierten Aufgabenfeldern, um die zivilen wie militärischen Fähigkeiten zu stärken. Zunächst muss dabei dringend eine Angleichung der Ausbildungs- und Beschaffungsprozesse innerhalb der Europäischen Union erfolgen. Künftig könnten gemeinsame Projekte, zum Beispiel zur Luftbetankung, durchgeführt werden. Ferner muss ein abgestimmtes, verlässliches Vorgehen zur Krisenbewältigung entwickelt werden. Anlehnungspartnerschaft hilft auch bei den Sparanstrengungen in den entsprechenden Verteidigungshaushalten. Die Vision einer europäischen Armee kann dabei nur in die Praxis umgesetzt werden, wenn sich einzelne Staaten zunächst zu Interessensgruppen zusammenschließen.

Institutionelle Fragen klären

Die unabdingbare sicherheitspolitische Multilateralisierung und die fortschreitende Konvergenz europäischer Fähigkeiten bedeu-

ten, dass sowohl Rüstungsmaßnahmen als auch militärische Missionen „entnationalisiert“ werden. Dies stellt die nationalen Entscheidungsprozesse vor große Herausforderungen. Die Entscheidung eines einzelnen Staates kann erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit der Partnerstaaten haben. Es gilt also, souveräne sicherheitspolitische Entschei-

dungen und multinationale Verbundentscheidungen in Einklang zu bringen. Eine kohärente Verteidigungspolitik unter Beteiligung vieler internationaler Partner ist nur dann effektiv möglich, wenn nationale Einzelmeinungen und Vorbehalte das Verteidigungspotenzial Europas insgesamt nicht zu gefährden drohen.

Deutsche Bündnisverpflichtungen müssen vereinbar mit den parlamentarischen Rechten des Bundestages in Fragen militärischer Kooperationen und Interventionen ausgestaltet werden. Die Expertenkommission unter Vorsitz von Bundesminister a.D. Volker Rühle wird einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte liefern. Ferner muss eine breite gesellschaftliche Debatte abgesteckt, wo die Grenzen sicherheitspolitischer Multilateralisierung liegen. Hierzu trägt der von Bundesaußenminister Steinmeier angestoßene Review-Prozess bei. Jahrzehnte erfolgreicher deutscher Diplomatie zur Friedenssicherung dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Militärische Interventionen, eingebunden in ein politisches Gesamtkonzept, müssen als Ultima Ratio, aber nicht als zeitlich letzte Stufe des Engagements deutscher Außenpolitik verstanden werden.

Ausblick

Das Ziel der Konvergenz europäischer Sicherheitsstrukturen ist notwendig, um Europas strategische Bedeutung zu stärken und Menschenrechte zu verteidigen. Die auch transatlantisch zu verstehende Arbeitsteilung und Koordination bei den militärischen Fähigkeiten ist ein wesentlicher Bestandteil der Gewährleistung eines europäischen Friedens in Freiheit.

Deutschland sollte sich als treibende Kraft an die Spitze europäischer Kooperation stellen. Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel gilt es mit Nachdruck zu fördern. Zudem kann sich nur ein starkes Europa in enger transatlantischer Kooperation seine internationale Autarkie bewahren, ohne zum Spielball anderer internationaler Akteure zu werden.

Das umfangreiche gemeinsame Positionspapier der Autoren, die beide der interfraktionellen EUD-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag angehören, ist als Download über die Homepage www.europa-union.de verfügbar.



Dietmar Nietan ist Abgeordneter aus dem Wahlkreis Düren. Er ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Seit Januar 2014 ist er Schatzmeister der SPD.

Bild: Büro MdB Nietan

Sorgen der Gesellschaft aufgreifen

Ein Kommentar von Ralf Bingel zur aktuellen TTIP-Debatte

Unter dem Titel „TTIP – Wir müssen reden!“ hat die Europa-Union zusammen mit Partnern einen Diskurs im Oktober 2014 gestartet, der eine Plattform für die Bürgerinnen und Bürger schaffen soll, die möglichen Inhalte der geplanten „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ – TTIP – zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika kontrovers zu diskutieren. Es sind die ersten Versuche, die Argumente von Befürwortern und Gegnern in einem fairen, transparenten und vor allem direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die komplexen Inhalte des geplanten Abkommens zu verdeutlichen. Mit den Bürgerdialogen leistet die Europa-Union einen Beitrag zu mehr Transparenz im politischen Prozess, um dem politischen Verdross, sofern er denn in der Bevölkerung wirklich besteht, entgegenzutreten.

Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 18. Dezember 2014 in Brüssel forderten selbige die Europäische Kommission auf, die Verhandlungen innerhalb des nächsten Jahres abzuschließen. „Die EU und die USA sollten alles daran setzen, um die Verhandlungen über ein ehrgeiziges, umfassendes und für beide Seiten vorteilhaftes TTIP-Abkommen bis Ende 2015 zum Abschluss zu bringen“, so der Europäische Rat. Gänzlich fehlt jedoch der Hinweis, die jeweilige Bevölkerung über den Stand und die Inhalte der Verhandlungen zu informieren bzw. daran zu beteiligen. Auch beim Gespräch der Bundeskanzlerin mit dem Kommissionspräsidenten im März dieses Jahres in Brüssel wurde der Schwerpunkt auf die rasche Verabschiedung des Abkommens gelegt. Hier muss nachgebessert werden. Je eher die Bürgerbeteiligung wirklich in die Verhandlungen Eingang findet und sich der Gedanke festsetzt, dass es weniger auf den Zeitfaktor ankommt, sondern darauf, die Sorgen der Gesellschaft aufzugreifen, desto besser wird das Abkommen am Ende sein und der Glaubwürdigkeit der Politik Rechnung getragen werden. Gute Argumente sollten im politischen Prozess immer Berücksichtigung finden.

Was bleibt zu tun? Ruhe bewahren! Das geplante Abkommen allein an den Wahlperioden – sei es auf amerikanischer, sei es auf europäischer Seite – zu orientieren, ist alles andere als sinnvoll. Wenn in den USA und wohl auch in Kanada nicht grundsätzlich das Vorsorgeprinzip gilt, d.h., dass beispielsweise vor der Zulassung von genetisch veränderten Lebensmitteln und Pflanzen eine wissenschaftlich fundierte Risikobewertung vorzunehmen ist, wenn es dort keine institutionelle Trennung zwischen Zulassungsbehörde, in Europa die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA), und den politischen Entscheidungsstrukturen gibt, wenn das Herstellungsverfahren keine Berücksichtigung bei der Zulassung eines Lebensmittels findet oder gar keine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel besteht, dann ist das erste Gebot der Stunde Transparenz für die europäische Bevölkerung, denn die hat sich eindeutig zu diesem Thema positioniert.

Für die Basis einer stringenten Argumentation ist es notwendig, zu einer abgewogenen Einschätzung des geplanten Abkommens zu gelangen. Bereits bestehende Verträge gilt es zu bewerten. So wäre zu klären, ob das 1994 initialisierte Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko die seinerzeit genannten Vorzüge geschaffen hat oder vielleicht zum Teil das Gegenteil eingetreten ist. Aber Vorsicht: Als zwischenstaatliches Abkommen ist NAFTA jedoch nicht direkt vergleichbar mit dem bereits von der Kommission ausgehandelten Handelsabkommen CETA mit Kanada.

Es gilt schließlich zu klären, wie Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren gestaltet sein müssten, um keinen Eingriff in die bestehende Sozial- und Rechtsstaatlichkeit zuzulassen. Mit den am 13. Januar 2015 von der Kommission veröffentlichten Ergebnissen der durchgeführten Konsultation zu TTIP, an der sich über 150.000 Personen und Institutionen betei-



Ralf Bingel

Bild: EUD/Tim Hoesmann

ligt haben, ergibt sich nun die Möglichkeit, verlorenes Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Soll dies so bleiben, ist der nächste Schritt nicht nur – wie die zuständige Kommissarin angekündigt hat –, Gespräche mit den Entscheidern zu führen. Nein, die Argumente, die in der Konsultation zu Streitschlichtung und Investorenschutz genannt worden sind, müssen in einem transparenten Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen werden. Es geht nicht nur um die Eidesformel, der sich Minister und Kanzler der Bundesrepublik unterziehen müssen: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, (...) werde“, sondern um die Frage der Ausgestaltung der Demokratie, die im 21. Jahrhundert durch die Politik und Zivilgesellschaft wahrlich anders als in der Vergangenheit zu beantworten ist.

Der Autor ist Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und engagiert sich im Brüsseler Verband der Europa-Union. Hauptberuflich ist er als Referatsleiter in der Hessischen Vertretung in Brüssel u. a. mit EU-Förderprogrammen befasst.

Roaming-Gebühren abschaffen!

Rolle rückwärts durch die Hintertür?

Eigentlich hätte es die Erfolgsstory der Europa-Union Deutschland (EUD) werden können: Die Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der Europäischen Union.

2005 beschloss der EUD-Bundeskongress in Potsdam, die Abschaffung der Roaming-Gebühren zu fordern. Der damalige Präsident der Europa-Union, Elmar Brok MdEP, griff diese Idee auf und brachte sie in die Diskussion im Europäischen Parlament ein. Die Luxemburgerin Viviane Reding, zu dieser Zeit die für Telekommunikation zuständige EU-Kommissarin, brachte dann eine entsprechende Initiative auf den Weg, und bereits am 7. Juni 2007 stimmte der Ministerrat der Verordnung zu, die eine Obergrenze für abgehende und angenommene Gespräche im Ausland festlegte. Zwischen 2011 und 2014 traten jeweils zum 1. Juli weitere schrittweise Senkungen der Preisobergrenzen in Kraft.

Noch Anfang April 2014 hatte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für die gänzliche Abschaffung und das Verbot von Roaming-Gebühren bis Ende Dezember 2015 gestimmt. Damit wäre dann eine Initiative aus den Reihen der Europa-Union mit bedeutender nachhaltiger Auswirkung auf den europäischen Telekommunikationsmarkt und immensen Einsparungen für die Verbraucher innerhalb von zehn Jahren Wirklichkeit geworden.

Doch Anfang März 2015 haben sich jetzt die EU-Mitgliedstaaten gegen eine Abschaffung der Roaming-Gebühren bis Ende 2015 ausgesprochen. Stattdessen stimmte die Mehrheit der 28 Länder im Ministerrat dafür, die Frist mindestens bis 2018 zu verlängern. Zugleich wollen sie aber Maßnahmen einleiten, die Reisenden innerhalb der EU eine günstigere Nutzung ihres Mobiltelefons erlauben. Mit seiner Entscheidung stellte sich der Rat gegen die Pläne des EU-Parlaments.

Der grundsätzliche Wegfall der Roaming-Gebühren sollte eine wichtige Grundlage für einen einheitlichen Telekommunikationsmarkt innerhalb der EU darstellen. Die Preise, die Verbraucher fürs Roaming zahlen müssen, sollten vom lokalen Wettbewerb im

jeweiligen Reiseland bestimmt werden. Dem Rat schwebt jedoch ein anderes Konzept auf Grundlage eines „Basis-Roaming-Rabatts“ vor. Sobald ein festgelegtes Datenvolumen verbraucht ist, sollen die Netzbetreiber eine Zusatzgebühr für die weitere Datennutzung erheben können – die angeblich deutlich niedriger ausfallen soll als die bisherigen Gebühren. Das alternativ vorgeschlagene Gratisvolumen von 5 MByte pro Tag hat dem Ministerrat bereits deutliche Kritik eingebracht. Aus dem Europäischen Parlament kommt der Einwand, dass sich mit einem solchen Volumen gerade einmal ca. 15 Emails mit Anhang oder ca. 250 ohne Anhang abrufen ließen.

Faktisch sind dies „Roaming-Gebühren durch die Hintertür“, denn ist das Volumen verbraucht, zahlt man für die weitere Nutzung entsprechend dazu oder muss von vornherein einen zwar volumenbegrenzungs-freien, aber dennoch teureren Sondertarif mit Auslandsfunktion auswählen. So oder so, der Verbraucher zahlt am Ende immer noch dafür, dass er mit seinem Mobiltelefon oder Tablet-PC eine Grenze überschritten hat, die wir längst abgebaut sehen wollten.

Diese Entwicklung kann keinesfalls im Sinne der Europa-Union sein! Unser Ansinnen ist es,



Bild: Europäische Kommission

Grenzen innerhalb der EU abzubauen und die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes durch einen einheitlichen europäischen Telekommunikationsmarkt zu stärken. Wenn Waren und Dienstleistungen innerhalb des Binnenmarktes frei Grenzen überschreiten können, dann muss das auch für Telefonate, SMS und sonstiges Datenvolumen gelten! Bleiben wir als Europa-Union bei unserer ursprünglichen Forderung: Die Roaming-Gebühren gehören abgeschafft und in jeglicher Form verboten!

*Heinz-Wilhelm Schaumann
Vizepräsident der UEF und
Mitglied des EUD-Präsidiums*



**Die Bürgerdialogreihe der Europa-Union
Deutschland und ihrer Partner zum
Transatlantischen Freihandelsabkommen**

Diskutieren Sie mit!

Vor Ort:

12. 05: Dortmund,
Kongresszentrum in den
Westfalenhallen

Juni: Leipzig

Termin-Ankündigungen auf unserer
Web-Site beachten!

Im Netz:

www.ttip-buergerdialoge.de

Auf Facebook:

www.facebook.com/TTIPBuergerdialoge

Auf Twitter:

@TTIP_dialog #TTIP_dialog

Auch im Osten ist Europa

Ein Standpunkt von Frank Burgdörfer

Wir sind die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Darauf sind wir stolz. Bei uns gibt es Menschen unterschiedlicher politischer Lager und Überzeugungen, die sich in einem Punkt einig sind und dort Basis und Ziel gefunden haben: Eine auf einer gemeinsamen Verfassung und demokratischen Institutionen beruhende Struktur muss die Zukunft Europas sein. Die Geschichte hat ganz eindeutig gezeigt, dass niemand auf diesem Kontinent auf Dauer etwas gewinnen kann, indem er Politik zu Lasten der Nachbarn betreibt. Wir gewinnen nur gemeinsam.

Als Europäische Föderalisten treten wir ein für einen breiten politischen Diskurs, in dem alle an einer konstruktiven Zusammenarbeit Interessierten gehört werden. Dieser Diskurs soll dann in von allen akzeptierte demokratische Entscheidungen münden und zu Recht führen, das dem Zusammenleben einen verlässlichen Rahmen gibt. Wir streben gleiches Recht für alle an, nicht nur innerhalb von Nationalstaaten, sondern über deren Grenzen hinweg, einheitlich gültig für die Angehörigen kleiner wie großer Völker. Auf dem Weg dahin verlassen wir uns nicht allein auf die Weisheit von Staatsmännern und Staatsfrauen, sondern versuchen möglichst alle mitzunehmen und einzubinden in eine Grenzen überschreitende europäische Demokratie.

Auf der Ebene der EU sind wir bei der Verwirklichung unserer Ziele weit gekommen – wenn auch nicht so weit, wie wir gerne wären. Wir wissen um die Notwendigkeit, nach der Schaffung einer gemeinsamen Währung nun auch den politischen Rahmen so zu stecken, dass die Politik die Märkte kontrollieren kann (und nicht umgekehrt) und dass gemeinsame Institutionen große wie kleine Mitgliedstaaten einbinden. Auch ist uns bewusst, dass der Erhalt unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, aber auch unserer sozialen und ökologischen Standards ein entschiedenes und geschlossenes Auftreten erfordert. Wir wissen aber auch, dass der weitere Aufbau Europas von breiten Mehrheiten getragen werden muss und nehmen die damit verbundene Herausforderung an.

Die vielen neuen Mitgliedstaaten der Union mögen dabei oft als Ballast wahrgenommen werden, in Wirklichkeit jedoch sind sie ein drücklicher Beweis der Stärke unserer Prinzipien. Dort ist es gelungen, Politik nach unseren Vorstellungen umzusetzen. Dort wurden funktionierende Gesellschaften, demokratische Rechtsstaaten und moderne Ökonomien im Einklang mit den Nachbarn etabliert.

Wir erleben aber auch schmerzhaft, dass unsere Prinzipien nicht von allen geteilt, sondern offensiv bekämpft werden. In der Ukraine waren es Bürgerinnen und Bürger wie wir, die auf die Straße gingen für das, was uns selbstverständlich ist. Nachdem ein korruptes, mit Grund um seine Existenz fürchtendes

Europa geschieht, und mehr Mut, Kreativität und Engagement im Umgang damit. Was gegenwärtig in Frage gestellt und massiv bekämpft wird, sind universelle und europäische Werte: die Freiheit des Einzelnen, die Prinzipien einer offenen Gesellschaft, die Stärke des Rechts. Sich dagegen aufzulehnen bedeutet weder Konfrontation mit einzelnen Völkern noch eine Entscheidung darüber, welches unseren Rückhalt verdient. Es geht um die Durchsetzung unserer Überzeugungen.

Davon, dass sich demokratische Europäer unserer aktiven Solidarität und unseres verlässlichen Rückhalts sicher sein können, wird abhängen, ob die Ukraine trotz des Krieges und trotz des katastrophalen Zustands von Staat und Wirtschaft den Weg einschlagen kann, den Polen und Balten erfolgreich gegangen sind. Auch in Russland werden Kontrollwahn im Innern und



Frank Burgdörfer

Bild: Tanja Haberland

Regime Gewalt gegen das eigene Volk angewendete, wuchsen sich die Proteste zu einer Revolution aus. Und weil für jene, denen Dialog, Demokratie und Rechtsstaat Schwäche und individuelle Initiative Gefahr bedeuten, eine Revolution nicht erfolgreich sein darf, müssen wir erleben, was zu verhindern unser gemeinsames Ziel ist: Krieg in Europa. Auch im Westen sehen sich zudem jene im Aufwind, die zurückdrehen wollen, was wir erreicht haben.

Ich wünsche uns allen mehr Aufmerksamkeit für das, was in unserem gemeinsamen

Aggression nach Außen scheitern. Überall kann nur ein gemeinsamer Aufbruch aller Bürgerinnen und Bürger zu prosperierenden Gemeinwesen führen. Osteuropa ist Teil der einen großen europäischen Herausforderung und Aufgabe.

Der Autor gehört dem Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland an und ist Mitglied der Europa-Union im Landesverband Berlin. Beruflich ist er im Bereich der politischen Kommunikation und Bildungsarbeit tätig und Mitglied im TEAM EUROPE der Europäischen Kommission.

Die Jungen Europäischen Föderalisten im Umbruch

Bundvorsitzender David Schrock meldet sich nach 100 Tagen im Amt zu Wort

Seit ziemlich genau vier Monaten hat die JEF Deutschland einen neuen Vorsitzenden. Die übliche 100-Tages-Frist, in der eine neue „Regierung“ von den „Wegelagerern“ der Presse in Ruhe gelassen wird, ist also bereits seit ein paar Wochen vorbei. Dabei habe ich das provozierende Zitat mit den „Wegelagerern“ ganz bewusst gewählt, denn manches Mal wünschte ich mir, dass die Presse und die Öffentlichkeit mehr Notiz von unserer Arbeit nehmen würden. Als kürzlich Marian Schreiner, ein originäres Gewächs der JEF, zum jüngsten Bürgermeister Deutschlands gewählt wurde, war es der ZEIT keine Zeile wert, über seine Sozialisation in unserem Verband zu berichten. „Posten und Pöstchen in diversen Karrierezyklen“ ist die Bezeichnung der ZEIT für die größte europäische föderalistische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ich muss also nüchtern konstatieren: Der Bekanntheitsgrad der Jungen Europäischen Föderalisten ist deutlich ausbaufähig. Wir diskutieren zwar auf unserem Bundeskongress so, als wäre es anders, aber unsere Ideen erreichen noch immer zu wenige Menschen und auch die (Jugend-)Parteien nehmen uns noch immer nicht als so wichtig wahr, wie wir es eigentlich sind. Ich bin seit 2009 Mitglied der JEF und der Europa-Union, und im Nachhinein betrachtet habe ich das Gefühl, als wäre die Entwicklung unseres gemeinsamen Verbandes parallel zu der der EU insgesamt verlaufen. Schon auf dem Weg zum Lissabon-Vertrag haben viele zufrieden gedacht, die Arbeit von JEF/Europa-Union sei getan. Von einigen Älteren habe ich in Gesprächen gehört, man habe damals ernsthaft diskutiert, ob die JEF nun ihr politisches Ziel, die „Vereinigten Staaten von Europa“, erreicht habe. Die JEF und auch die Europa-Union waren träge geworden wie ein Öltanker auf offenem Meer – die Richtung war klar, aber Wendemanöver und Kurskorrekturen schienen kaum möglich.

Doch dann kam die Krise von 2008 und einige im Verband müssen aufgewacht sein. In der JEF hat seitdem eine neue Mitgliederdynamik eingesetzt, die jedoch geographisch sehr unterschiedlich verfangen

hat. In Bayern und Baden-Württemberg haben wir jeweils etwa 800 Mitglieder nur bei der JEF, während es in Niedersachsen nur etwa 50 sind. Das hat sehr viel auch mit der Zusammenarbeit zwischen JEF und der Europa-Union (EUD) zu tun. Bei einer verbandsinternen Umfrage vor zwei Jahren, wer ihn/sie in die JEF geholt habe, antworteten zahlreiche Mitglieder in einem Extrafeld „Rainer Wieland“. Dieser Umstand weist für mich auf zwei Aspekte hin, die EUD und JEF gemein haben: Wir haben das Problem, dass wir insgesamt zu wenige Mitglieder haben, die sich überdies auch manches Mal nicht genügend mit dem Verbandsziel eines Europäischen Bundesstaats identifizieren. Zudem haben wir über Jahre versäumt, die Lücke zwischen EUDlern über 60 und Alt-JEFern zwischen 30 und 60 zu schließen. Das Problem ist inzwischen, so glaube ich, erkannt, in den Landesverbänden gibt es mittlerweile wieder mehr Zusammenarbeit zwischen EUD und JEF. Das klappt aber nur, wenn man einerseits zusammenarbeitet, aber der JEF andererseits auch Raum zur Entfaltung gibt. Es muss das Ziel sein, dass jeder Europa-Union-Kreisverband auch einen eigenen Kreisverband der JEF bekommt. Zu oft habe ich in den letzten fünf Jahren den Satz „Wir ma-



David Schrock

Bild: JEF Deutschland

chen die Arbeit der JEF bei uns mit“ gehört. Wer so argumentiert, ist der Totengräber des Verbands.

Die JEF hat frische Ideen, bei uns ist das politische Ziel tägliches Brot, wir entwickeln Kampagnen und nutzen die sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Youtube. Hier kann die Europa-Union von uns lernen, und wir helfen gerne. Wir sind an Schulen vor Ort und entwickeln Planspiele für Universitäten, um die EU und auch um unsere Vision von Europa im 21. Jahrhundert zu erklären. In Städten und Gemeinden sucht man zu meist händierend nach überparteilichen Partnern, um Projekte umzusetzen.

Genau an dieser Stelle muss die Arbeit von JEF und EUD ineinandergreifen. Die EUD kann ein Türöffner sein, die JEF „schmeißt die Party“. Wenn wir pro-europäisch nicht nur tätig, sondern auch wirksam sein wollen, müssen wir zwei Dinge tun: erstens Mitglieder dort werben, wo sie sind – an Schulen und Universitäten. Und zweitens müssen wir da sein, wo die Entscheidungen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft getroffen werden.

Die EU hat ein Vermittlungsproblem, und daher muss die Geschichte der Europäischen Union neu erzählt werden – in den kommenden 20 Monaten möchte ich dazu meinen Beitrag leisten.

David Schrock

Bundvorsitzender der JEF Deutschland

Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv lesen!
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv
Europa aktiv

Schleswig-Holstein

Nach der Krise, vor der Krise?

Auch in diesem Jahr fand das Landesverbandseminar in der Europäischen Akademie Sankelmark bei Flensburg statt. Unter der Fragestellung „Nach der Krise, vor der Krise?“ diskutierten die 40 Teilnehmenden über die aktuelle Lage in Europa.

Besonders intensiv wurde über die Wirtschaftspolitik in der EU diskutiert. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rolf J. Langhammer und der Blogger Manuel Müller plädierten für mehr europäische Zusammenarbeit, um die aktuelle Wirtschaftskrise zu lösen und um zukünftige Krisen zu verhindern. Auch konkrete Lösungsvorschläge wie eine europäische Arbeitslosenversicherung und ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht wurden diskutiert.

Auch der Vortrag der Politikwissenschaftlerin Dr. Ulrike Guérot regte die Zuschauenden zum Nachdenken an. Guérot vertrat in ihrer „Utopiestunde“ die Vision einer europäischen Republik. Der Vorsitzende der Europa-Union Norderstedt, Manfred Ritzek, sagte hierzu: „Ihre Ausführungen zur Verantwortung und Gestaltung des Bürgerprinzips statt nationalstaatlicher Souveränität in der Europäischen Union werden noch viele Traditionseuropäer zum Umdenken veranlassen.“

Abschließend zog Ritzek ein positives Resümee: „Das Verbandseminar der Europa-Union ist immer ein innovativer Raum für die Gestaltung europäischer Herausforderungen. Die Vorträge liefern interessante neue Ideen und Analysen. Gleichzeitig bleibt aber auch ausreichend Raum für Gespräche, Nachfragen und Diskussionen.“

Manfred Ritzek

Abendbrot macht Wangen rot

Finnische und russische Deutschlehrkräfte besuchen Lübeck und freuen sich über

ein Abendbrot mit Lübeckern. Das Treffen findet im Rahmen der aktuellen Auftaktwoche eines Austauschprogramms für acht angehende Deutschlehrkräfte aus Russland (Kaliningrad) und Finnland (Tampere) statt.

„Wir wollen den angehenden Deutschlehrkräften eine erste Orientierung geben und sie mit unserem Land und den Gegebenheiten vertraut machen“, so Martin Herold, Geschäftsführer der Deutschen Auslandsgesellschaft mit Sitz in Lübeck. „Ein Höhepunkt ist dabei eine ‚Abendbrot-Einladung‘ von Lübecker Bürgerinnen und Bürgern. Für die zukünftigen Lehrkräfte eine ganz wunderbare Erfahrung. Und nicht nur für sie, sondern auch für die Lübecker Gastgeber“, ergänzt Birgit Wille, Vorsitzende der Europa-Union in Lübeck. Deshalb unterstützt die Europa-Union dieses besondere Projekt nach Kräften.

Mehrmals im Jahr kommen Deutschlehrkräfte aus Nord- und Nordosteuropa nach Lübeck. Birgit Wille und Martin Herold: „Wir hoffen sehr, dass sich noch mehr Lübecker an den ‚Abendbrot-Einladungen‘ beteiligen. Für die Lehrerinnen und Lehrer ist dies eine einmalige Erfahrung, einen Abend bei deutschen Gastgebern zu verbringen. Sie können ihre Erfahrungen dann auch hilfreich in ihren Unterricht im Heimatland einbringen.“

Martin Herold und Birgit Wille

2. Sankelmarker Europagespräch

Auch das „2. Sankelmarker Europagespräch“, organisiert von der Europäischen Akademie Sankelmark und der Europa-Union Flensburg, war ein voller Erfolg. Etwa 70 Gäste ließen sich zunächst in spannenden Vorträgen von der Flensburger Stadtpräsidentin Swetlana Krätzschar und dem Ratsherrn Arne Rüstemeier über die Städtepartnerschaften von Flensburg und Flensburg als Modellregion für erfolgreiche Integration informieren.

Marita McGrory von der Europa-Union, Mitglied des Europa-Ausschusses der Goetheschule und der European Studies der Europa-Universität Flensburg, sorgte zusam-

men mit den Schülern der Goetheschule und deren Lehrerinnen Frau Reinfeld und Frau Laux für einen tollen Abschluss. Dr. Pletzing, Direktor der Akademie Sankelmark, denkt schon über weitere Veranstaltungen nach.

Roland Hartmann

Gemeinsam sicherer in Europa?

Anfang 2015 übernahm Lettland zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft. Aus diesem Anlass lud die Europäische Bewegung die lettische Botschafterin, Elita Kuzma, zu einer Podiumsdiskussion in das Kasino des Landeshauses ein. Neben der aktuellen Ratspräsidentschaft waren die Lage in der Ukraine sowie die Beziehungen der EU zu Russland Thema der Veranstaltung.

Lettland, wie auch die Ukraine eine frühere Sowjetrepublik, fürchtet ein Überspringen des Konfliktes auf andere osteuropäische Staaten. Ähnlich wie in der Ukraine lebt auch in Lettland eine große russische Minderheit, die zum Teil nicht die lettische Staatsbürgerschaft besitzt, wie Dr. Sven Singhofen von der Universität Kiel erläuterte.

Botschafterin Kuzma betonte aber, die russischsprachige Minderheit verhalte sich Lettland gegenüber loyal. Dies sei auch die Folge einer erfolgreichen Integrationspolitik. Aktuell fühle man sich daher von Russland nicht bedroht. Die Bemühungen der Europäischen Union um eine diplomatische Lösung des Konfliktes wisse man zu schätzen. Im Hinblick auf die von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande eingeleitete Friedensinitiative äußerte Landtagspräsident Klaus Schlie die Hoffnung, dass die aktuell vereinbarte Waffenruhe eingehalten werde.

Seit dem Beitritt im Jahre 2004 beeindruckt Lettland mit einer niedrigen Staatsverschuldung und einem überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstum. Zudem ist Lettland seit 2014 Mitglied der Euro-Zone.

Henrik Domansky

Verantwortlich: Henrike Menze

Sachsen

EUD-Landesverband frisch gegründet

Was lange währt, wird endlich gut: Nach intensiver Vorbereitung wurde am 5. März der sächsische Landesverband neu gegründet. Damit ist die Europa-Union nun wieder in allen Bundesländern vertreten. Die Gründungssitzung fand im Sächsischen Landtag in Dresden statt. Der Vorstand besteht aus der Landesvorsitzenden Katharina Wolf, ihren Stellvertretern Brigitte Wenzel-Perillo, Maxim Asjoma und Michael Bechter sowie dem Schatzmeister Christian Glatz (1. Reihe v. l. n. r.). Weitere Gründungsmitglieder sind der Europaabgeordnete Peter Jahr und Landtagspräsident Matthias Röbner (2. Reihe, 1. und 2. v. l.). Die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Sachsen waren an der Gründung aktiv beteiligt und stellen drei Vorstandsmitglieder.



Bild: Martin Luckert

Wir freuen uns, dass die Europa-Union künftig in Sachsen wieder eine aktive Rolle spielen wird und wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg.

Kontakt zum neuen Landesverband:
info@europa-union-sachsen.de.

Verantwortlich: Birka Meyer-Georges

Sachsen-Anhalt

Europa-Union mit neuem Vorstand

Die Europa-Union Sachsen-Anhalt hat sich im Februar neu konstituiert. Während der Landesversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Dem gehören an: Vorsitzender Thomas Rieke (Magdeburg), die beiden Europaabgeordneten Arne Lietz (Lutherstadt Wittenberg) und Sven Schulze (Landkreis Harz) als Stellvertreter, Jonathan Rumpold (Merseburg) als Schatzmeister sowie Ralf Lüders (Halle/Saale) als Beisitzer. Die Geschäftsführung wird weiterhin von Marcus Turré wahrgenommen.

Weitere Informationen unter:

www.europa-union-sachsen-anhalt.de

Kontakt zum neuen Landesvorstand:

Europa-Union Sachsen-Anhalt, einewelt-Haus, Schellingstraße 3-4, 39104 Magdeburg, Telefon (03461) 24 48 24, Email: europa@turre.de (Landesgeschäftsführer Marcus Turré)

Verantwortlich: Marcus Turré

Saarland

Europaminister zu Gast

Europaminister Stephan Toscani besuchte den After-Work-Termin „Rendezvous mit Europa“. „Ich bin ein Saarländer, ich bin ein Deutscher und ich bin ein Europäer, aber gleichzeitig bin ich auch ein Bürger der Großregion SaarLorLux“, so referierte Toscani in der

vollbesuchten Cocktailbar „home.“ in Saarbrücken. Dieses Mal waren auch italienische Mitbürgerinnen und Mitbürger anwesend. Alle konnten den Minister in persönlichen Gesprächen näher kennen lernen und so manches Anliegen mit ihm besprechen. Im Rahmen der Veranstaltung der Europa-Union Saar wurde die Vorabversion der Internetplattform „Ich will SaarLorLux/Je veux SarreLorLux“ präsentiert: Hier können Bürgerinnen und Bürger ihr Statement für die Großregion veröffentlichen.

Verantwortlich: Dr. Hanno Thewes



Bild: Valeri Braun

Rheinland-Pfalz

Gemeinsam für Toleranz und Weltoffenheit

Nach den Pariser Terroranschlägen setzte die Landesregierung mit der Gründung des „Bündnisses für Toleranz und Weltoffenheit“, dem der Landesverband gemeinsam mit über 50 weiteren Organisationen beigetreten ist, ein Zeichen. In einer gemeinsamen Erklärung und durch künftige Aktionen sollen Respekt und Wertschätzung der nationalen, religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Vielfalt der Menschen in Rheinland-Pfalz bekräftigt werden. Ein vorurteil-freies Miteinander sei eine wichtige Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Eine freie, vielfältige Gesellschaft könne nur bestehen, wenn Meinungs-, Gewissens-, Religions- und Pressefreiheit nicht in Frage gestellt werden, bekräftigt die Erklärung.

Brzeskoer Lehrerdele- gation in Germersheim

Zu einem Leonardo-Austauschprogramm vermittelte der Landesverband die Berufsschule Germersheim, die von einer zwölfköpfigen Lehrergruppe aus Brzesko/Südostpolen zum Kennenlernen besucht wurde. In privater Atmosphäre des Anwesens



Empfang in lockerer Atmosphäre: Lehrer aus Südostpolen in Rheinland-Pfalz
Bild: E. Multan



Zu Gast beim Europäischen Gerichtshof: Europäer aus dem Kreis Mayen-Koblenz
Bild: EUD Mayen-Koblenz

Däuwel hieß Bürgermeister Marcus Schaile (2.v.l.) die Gäste willkommen, die in dieser Umgebung schnell von Fremden zu Freunden wurden. Manfred Däuwel organisierte Besuche in Luxemburg beim Europäischen Gerichtshof und in Straßburg beim Parlament, ohne dabei die Schönheit der Städte zu vernachlässigen. Bei einem Empfang im Kreishaus verglich Landrat Dr. Brechtel sachkundig Aufgaben und Zuständigkeiten von Landkreis und Powiat.

Mayen-Koblenz

Besuch in Luxemburg

Die jüngste Studienfahrt des Kreisverbandes führte nach Luxemburg zum Europäischen Gerichtshof. Dort gab es die einmalige Gelegenheit, eine mündliche Verhandlung einer Bürgerklage gegen die Europäische Kommission zu verfolgen. Was sich anfangs wie ein formaljuristisches Geplänkel darstellte und langweilig zu werden drohte, entwickelte sich während der mündlichen Verhandlung als spannende und persönlich ergreifende Geschichte des Bürgers, der seit Jahren gegen die EU-Kommission klagt.

Nach anschließendem Besuch der Innenstadt von Luxemburg führte die Rückreise über das Dreiländereck Schengen nach Nitel an der Mosel.

Südpfalz

Europa ohne Grenzen

„Wir wollen die Europäer einander näher bringen“, so Vorsitzender Jörg Saalbach beim jährlichen Empfang des Kreisverbandes. Nach wie vor müsse man Grenzen in den Köpfen überwinden, wozu die Europa-Union beitragen möchte.

Werner Schreiner, Beauftragter der Ministerpräsidentin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, referierte über das alltägliche Leben in der Großregion, das auch heute noch mit vielen Hürden verbunden ist. Greifbar machte er das mit Anekdoten über den kleinen Grenzverkehr: So dürfte eigentlich kein deutscher Taxifahrer seine Gäste nach Frankreich befördern, weil seine Konzession dort nicht gelte. Bei bilateralen Schülertreffen dürfte im Prinzip kein Pädagoge die Kinder der anderen Nation betreuen – der Versicherung wegen. Es gebe viele Hindernisse, die den Alltag zwischen den Ländern und Regionen Europas erschwerten. Zentrale Herausforderungen wie die Jugendarbeitslosigkeit, Fachkräftemangel, Klimaschutz und die Energiewende verlangten nach gemeinsamen Antworten.

Verantwortlich: Anna Schneider

Nordrhein–Westfalen

Europäisches Jahr der Entwicklung stand im Mittelpunkt

Klausurtagung in Münster

Zur jährlichen Klausurtagung des Landesverbandes NRW kamen der Vorstand und Vertreter der Kreisverbände in diesem Jahr im ehrwürdigen Senatsaal der Wilhelms-Universität im Schloss in Münster zusammen. Als Ehrengast und Referentin gab Dorothee Zweifelhoffer von der Staatskanzlei NRW Einblick in ihr Aufgabengebiet und diskutierte mit den Teilnehmenden über die Anknüpfungspunkte zur Zusammenarbeit in Sachen Europa.

Am zweiten Klausurtag durfte die Runde Monika Dülge und Udo Schlüter vom Eine-Welt-Netz NRW begrüßen. Beide gaben nicht nur Auskunft über die Arbeit

ihres Verbandes, sondern informierten die Teilnehmenden mit einer umfassenden Präsentation auch über die Inhalte und Rahmenbedingungen des „Europäischen Jahres der Entwicklung 2015“. Im Hinblick auf dieses von den EU-Organen ausgerufene Themenjahr wollen die Europa-Union NRW und das Eine-Welt-Netz NRW zusammenarbeiten, um über den Austausch von Referenten zu Veranstaltungen und Projekten umfassende Informationen zu den Themen Europa und Entwicklungshilfe anbieten zu können. So wird die Europa-Union zum Beispiel einen Workshop im Rahmen der großen Eine-Welt-Netz-Landeskonferenz gestalten, die ebenfalls in Münster stattfindet.



Das JEF-Landesvorstandsteam in Nordrhein-Westfalen

Bild: JEF Nordrhein-Westfalen

des 35. Lebensjahres ohne weiteren Mitgliedsbeitrag auch gleichzeitig Mitglieder der JEF NRW.

Europa in den Medien

Nach der Novelle des Landesmediengesetzes wurde die Zusammensetzung der Landesmedienkommission für die Amtsperiode ab 2015 neu geregelt. Demnach konnten sich gesellschaftlich relevante Gruppen um einen von fünf Sitzen in dieser Kommission bewerben. Nach entsprechendem Antrag und Beschluss des NRW-Landtags darf die Europa-Union NRW sich nun über einen Sitz in der Landesmedienkommission freuen. Der Landesvorstand hat beschlossen, den Vorsitzenden Wolfram Kuschke in dieses Gremium zu entsenden, Kirsten Eink wurde als Stellvertreterin benannt.

Das Gremium ist für die privaten Medien zuständig und in etwa vergleichbar mit dem Rundfunkrat des WDR. Die Medienkommission der Landesanstalt für Medien (LfM) berät und entscheidet zum Beispiel über die Vergabe von Übertragungskapazitäten an Veranstalter, über die Kabelbelegung, Zulassungen etc.

In der Vorstellungsrunde zur konstituierenden Sitzung führte Kirsten Eink für die Europa-Union an, dass fast alles, was Bürgerinnen und Bürger über Europa wissen und denken, auf Informationen aus den Medien beruht. Daher habe die Europa-Union ein besonderes Interesse an der Europa-Berichterstattung in Funk und Fernsehen.

Verantwortlich: Kirsten Eink

Neuer JEF- Landesvorstand

Zu einer außerordentlichen Landesversammlung hatten die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) NRW alle jungen Mitglieder der JEF und Europa-Union im Februar in Dortmund geladen. Anlass war die Neuwahl des JEF-Landesvorstandes. Diese war notwendig geworden, nachdem der bisherige Vorsitzende David Schrock anlässlich seiner Wahl zum JEF-Bundesvorsitzenden sein Amt zur Verfügung gestellt hatte.

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Markus Thürmann gewählt, neue stellvertretende Vorsitzende sind Bastian Lotz, Karinna Penner und Ludger Wortmann. Neben den Wahlen ging es auch um die weiteren Aktivitäten der JEF. So stellte der neue Vorsitzende seine Pläne vor, nach denen durch Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung und enge Zusammenarbeit mit den Verbänden der Europa-Union die Mitgliederzahl und die Aktivität der JEF weiter ausgebaut werden sollen. Kreisverbände der JEF gibt es inzwischen in Aachen, Bonn, Düsseldorf/Duisburg, Köln, Münster und im Ruhrgebiet. Durch ein Kooperationsabkommen sind alle Mitglieder der Europa-Union bis zur Vollendung



Landesvorsitzender Wolfram Kuschke mit Dorothee Zweifelhoffer bei der Klausurtagung in Münster

Bild: EUD Nordrhein-Westfalen

Niedersachsen

Aus der Vergangenheit lernen

Auch im Landesverband Niedersachsen zählen die DOKU-Live-Präsentationen des Mainzer Politologen Ingo Espenschied zu den besonderen Ereignissen im Veranstaltungskalender. Für dieses Jahr haben bereits einige Vereine die überarbeitete Version der multimedialen Zeitreise „65 Jahre Europa – Das Vermächtnis der Gründungsväter“ gebucht. Der Landesvorstand erwägt, solche Veranstaltungen zeitlich zu bündeln, um Kosten für die Vereine und dem Referenten Fahrzeit zu ersparen. Den Auftakt in diesem Jahr machte Oldenburg, wo der Referent auf Einladung der Europäischen Föderalisten gleich an drei Veranstaltungsorten auf ein interessiertes Auditorium traf, vormittags in einer Berufsbildenden Schule, am frühen Nachmittag in einem Gymnasium des Landkreises und schließlich abends in der VHS Oldenburg. Die Resonanz war einhellig: Anschaulicher können Zeitgeschichte und Politikunterricht kaum sein.

In welch` souveränem Abstimmungsverfahren der französische Außenminister Robert Schuman im Mai 1950 den historischen Vorschlag von Jean Monnet, eine Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl auf

den Weg zu bringen, umsetzte, wie er den amerikanischen Außenminister kurzfristig in die Geheimpläne einweihte, die spontane Zustimmung des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Kabinetts gewann, am Abend des 9. Mai schließlich auf einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit über die wegweisende Initiative informierte, bleibt auch 65 Jahre danach ein faszinierendes Lehrstück gelungener Diplomatie und Politik. Optisch mit Zeitdokumenten unterlegt, schilderte der Referent im Zeitraffer wesentliche Entwicklungsphasen bis zur heutigen Europäischen Union, die Profilierung und den schrittweisen Kompetenzgewinn ihrer Institutionen, die Bedeutung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 und die bis heute nachwirkende Initiative Altiero Spinellis für eine politische Union vor dreißig Jahren.

Dieser für die Völker und Staaten Europas friedensstiftende Prozess kann nur nachhaltig sein, wenn die Grundüberzeugungen und Intentionen aus der Gründungsphase aufrecht erhalten bleiben und in krisenhaften Situationen aktualisiert werden. Aus dem älteren Publikum in der VHS wurde darauf hingewiesen, dass politische, soziale, wirtschaftliche, letztlich humanitäre Initiativen nach dem Zweiten Weltkrieg auch zur Bewältigung aktueller Krisen in Europa dienen könnten. Das gelte für eine Art „Marshall-Plan“, um Griechenland und anderen süd-europäischen Staaten aus Krisensituationen

zu helfen. Der Vorsitzende der Europäischen Föderalisten, Adje Schröder, erinnerte daran, dass von Beginn an leitendes Motiv in der Europäischen Gemeinschaft die Solidarität zwischen den Völkern und Staaten gewesen sei. So sei bereits in der Präambel des Vertrages zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1958 als Ziel formuliert worden, „(...) Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie (...) den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern“.

Diepholz

Gelebtes Europa

In einer unterhaltsamen und nachdenklichen Veranstaltung des Kreisverbandes stellte Anthony Hitchcock seine europäische Biografie vor. Unter dem Motto „Ich bin Europäer, der ganz zufällig einen britischen Pass hat“ berichtete er über seine Erfahrungen in verschiedenen europäischen Ländern.

Als englischer Soldat erlebte er die Bombardierung seiner Heimatstadt Bristol, heiratete später eine deutsche Frau, lebte und arbeitete nach dem Krieg überwiegend in der Flugzeugindustrie in Deutschland, Großbritannien (England und Wales) und in Frankreich (Toulouse). Er erlebte die Schwierigkeiten bei der Erstellung von Arbeitserlaubnissen, bei Grenzübertritten und unterschiedliche soziale Absicherungen.

Als Rentner lebt er inzwischen in Kirchdorf in der Nähe von Bremen. Hier konnte er seine Sprachkenntnisse bei der Gestaltung der Kirchdorfer Partnerschaft nutzen. So übersetzte er die Veröffentlichung des ehemaligen Bürgermeisters Paul Segrérain aus der französischen Partnergemeinde Bessé-sur-Braye. Dieser hatte zwei Weltkriege erlebt, war Mitglied der französischen Résistance und nach Buchenwald deportiert und dort befreit worden.

Die Veröffentlichung wurde anschließend kostenlos an interessierte Besucherinnen und Besucher verteilt. Zwei spannende und wechselvolle Biografien von Zeitzeugen, die vom europäischen Einigungsprozess profitierten und zu Partnern wurden.

Verantwortlich: Adolf Schröder



Bereits ein Jahr nach der Verkündung des Schuman-Plans treffen sich in Paris die Vertreter der Gründerstaaten der Montanunion zur Unterzeichnung des EGKS-Vertrags: (v.l.n.r.) Paul van Zeelande, Joseph Bech, Joseph Meurice, Carlo Sforza, Robert Schuman, Konrad Adenauer, Dirk Stikker und Johannes van den Brink.

Bild: Europäische Kommission

Hessen

Hohe Auszeichnung für Hildegard Klär

Hildegard Klär ist am 5. Februar in der Kronberger Streitkirche mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Laudator Landrat Ulrich Krebs unterstrich das vielfältige politische, soziale und kulturelle Engagement der 73-Jährigen, die seit mehr als einem Jahrzehnt stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union Hessen ist.

Sie sei nicht nur eine überzeugte, sondern auch eine überzeugende Europäerin, stellte Dr. Sven Simon von der Europa-Union Hessen in seinem Grußwort in den Räumen des Museums Kronberger Malerkolonie fest. Simon vertrat dabei den Landesvorsitzenden Thomas Mann MdEP. Simon hatte gar eine schwarz-weiße Autogrammkarte von Hildegard Klär im Internet ersteigert, die die Sozialdemokratin wohl bei einem früheren Wahlkampf verteilt hat.

Die Geehrte bezeichnete es in ihrer Dankesrede als „Glück“, in einer weltoffenen, liberal-konservativen Familie und in einer weltoffenen Stadt wie Hamburg aufgewachsen zu sein. Auch ihre frühe internationale Erfahrung nannte sie ein Glück. Reisen nach Dänemark und Holland in jungen Jahren gaben den Anstoß, sich für das Austauschprogramm des damaligen American Field Service (AFS) und

einen einjährigen Schul- und Familienaufenthalt in den USA zu bewerben. Sie verbrachte das zwölfte Schuljahr 1958/59 im Staate Maine in einer Großfamilie und auf einer privaten High School. Erstes ehrenamtliches Engagement war dann während des Studiums für das Höhere Lehramt in Englisch und Latein an der Universität in Hamburg die Leitung eines AFS-Komitees der Hansestadt, das von den Rückkehrern aus den USA organisiert wurde. Nach einem knapp dreijährigen Aufenthalt in Brasilien begann Klärs Engagement in der SPD in Hessen. In Glashütten war sie über Jahrzehnte hinweg zunächst im Ortsverein und in der Gemeindevertretung aktiv. Es folgten Kreistagsmandat und der Vorsitz im Unterbezirk Hochtaunus für acht Jahre. Klär initiierte 1983 in Glashütten die Gründung des Kulturkreises, war acht Jahre lang Vorsitzende des Vereins „Bund der Volksbildung“ in Oberursel und ist seit 2007 im Kreisvorstand der Arbeiterwohlfahrt aktiv.

Das Engagement für die Integration der Europäischen Union begann, als Hildegard Klär 1995 in den Landtag einzog und Mitglied bzw. stellvertretende Ausschussvorsitzende des neu eingesetzten Europaausschusses wurde. Medien und die Arbeit im Petitionsausschuss waren weitere Schwerpunkte. Als Rheinland-Pfalz den Vorsitz der Europaministerkonferenz hatte, arbeitete Hildegard Klär nach Beendigung ihres Mandats im Hessischen Landtag 2003 in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Berlin, um in dieser Zeit die Koordinationsstelle zwischen den Bundesländern zu betreiben.

Erste Gratulanten waren aus dem Präsidium der Europa-Union Dr. Otto Schmuck und UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann, die beide zur Ehrung von Hildegard Klär nach Kronberg angereist waren.



Europäer aus Hessen im Europäischen Parlament in Brüssel Bild: EUD Hessen

Offenbach

Zu Gast in Brüssel

Der Kreisverband hat mit einer Gruppe interessierter Bürger aus dem Kreis und der Stadt Offenbach unter der Leitung von Christel Germer die Europahauptstadt Brüssel besucht.

Neben dem Europaparlament, wo die Gruppe mit Michael Gahler MdEP diskutierte und dann den frisch renovierten und wiedereröffneten Plenarsaal besichtigen konnte, machten die Teilnehmer auch Station in der Hessischen Landesvertretung. Die Vorstellung der Arbeit der Landesvertretung durch Ralf Bingel mit anschließender Diskussion war so lebhaft geführt, dass nachfolgende Termine in Gefahr gerieten. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass sie in Zukunft auch örtliche Veranstaltungen der Europa-Union in Stadt und Kreis Offenbach verstärkt besuchen wollten. Als sehr informativ bezeichnete die Gruppe auch den Besuch im Parlamentarium, wo über Audio-Guides die Geschichte der Entstehung der Europäischen Union präsentiert wird. Weitere Stationen der Exkursion waren Gent und Brügge.

Im diesem Jahr bietet der Kreisverband folgende Reisen zu Europäischen Institutionen an: Luxemburg am 16.10. und Straßburg am 21.10. und 17.12. Weitere Informationen unter: www.offenbach.europa-union.de/eisen oder hcgermer@t-online.de, Telefon (06074) 269 13.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



Kronbergs Bürgermeister Klaus Temmen (l.) und der Landrat des Hochtaunuskreises Ulrich Krebs (r.) beglückwünschen Hildegard Klär zur hohen Auszeichnung. Bild: EUD Hochtaunuskreis

Bremen

Lettlands Botschafterin Elita Kuzma zu Gast

Lettland hat derzeit zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft inne. Die Europa-Union Bremen nahm dies zum Anlass, über die „Europäischen Erfahrungen“ und über die Aufgaben und Ziele der lettischen Ratspräsidentschaft zu sprechen.

Am 10. März war Elita Kuzma, Botschafterin der Republik Lettland in Deutschland, Gast im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten der Bremischen Bürgerschaft. Im Anschluss hatten Europa-Union und der Verein InfoBalt zu einem öffentlichen Meinungsaustausch mit Botschafterin Kuzma eingeladen. Der Verein InfoBalt ist Anfang der 90iger Jahre zur Unterstützung der Unabhängigkeit gegründet worden und ist seither Drehscheibe der Zusammenarbeit von Deutschen und Letten in Bremen und in der Partnerstadt Riga.

Elita Kuzma nahm auch sogleich Bezug auf die guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit: „Sie haben uns seit 25 Jahren in unserem Transformationsprozess so freundlich unterstützt, machen Sie bitte weiter so!“ Sie betonte, wie wichtig diese Kontakte und die Zusammenarbeit mit allen Ostsee-Anrainerstaaten auf dem „Weg zurück in die europäische Familie“ waren. Eindrucksvoll, hochkompetent und humorvoll waren die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, die der Mitbegründer von InfoBalt und Landesvorsitzende der Europa-Union, Dr. Hermann Kuhn, moderierte.

Für die Ratspräsidentschaft hat sich Lettland, so referierte Botschafterin Kuzma, drei prioritäre Themen gesetzt: Erstens die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum; hier konnte sie auf die Beschlüsse zum 315-Mrd.-Investitionsprogramm verweisen und auf die Vorschläge für eine „Energieunion“, die für Lettland vor allem im Punkt Energiesicherheit von großer Bedeutung sei. Zweitens die Stärkung des Binnenmarktes, vor allem der Aufbau eines digitalen Binnenmarktes, dazu gehören auch gemeinsame Regeln des Datenschutzes. Und drittens die „Stärkung der



Landesvorsitzender Dr. Hermann Kuhn mit Botschafterin Elita Kuzma

Bild: EUD Bremen

Rolle der EU als globaler Akteur.“ Hier stehe vor allem die Nachbarschaftspolitik mit dem Gipfeltreffen im Mai auf dem Programm.

Als vierte Priorität sei nun die Sicherheitspolitik hinzu gekommen. Elita Kuzma warb für die Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie, die 2003 noch in der Aussicht auf friedliche Zeiten in Europa verabschiedet worden war – diese Hoffnung sei leider so nicht aufgegangen.

Die Nachfragen und Antworten drehten sich zunächst um die Sicherheitslage in Europa und in Lettland. Botschafterin Kuzma stellte klar, dass es in Lettland eine breite Unterstützung für die Demokratiebewegung in der Ukraine gab und dass ihre Ratspräsidentschaft alle Bemühungen für eine friedliche Lösung unterstütze; entscheidend sei aber, dass dabei die Integrität des Staates Ukraine und die souveräne Kontrolle seiner Grenzen gewahrt sein müssen. Sie würden in Lettland die Mittel der „unkonventionellen“ Kriegsführung Putins auch kennen: Drohungen mit Lieferunterbrechungen, Cyberattacken, einseitige Propaganda; aber sie sehe keine Gefahr, dass Putin politische Unterstützung für separatistische Bewegungen gewinnen könne. Die Integrationsangebote an (alle) Minderheiten hätten insoweit Früchte getragen, auch dank der Hilfe der EU. Nach den jüngsten NATO-Beschlüssen würde Lettland keine „Sicherheitslücke“ mehr sehen, und seit dem Beitritt zum Euro sei das Land auch gegen Währungsspekulation geschützt. Aber diese Sicherheit richte sich nicht „gegen“ jemanden.

Auch zur Nachbarschaftspolitik gab es besorgte Nachfragen aus dem Publikum. Elita Kuzma sagte dazu: „Wir arbeiten gerade jetzt eng in der östlichen Partnerschaft mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland zusammen. Wer Reformen will, erhält im Sinne einer weiteren Demokratieförderung unsere volle Unterstützung.“ Daraus ergebe sich nicht automatisch als nächster Schritt ein Beitritt zur EU, aber umgekehrt dürfe auch die Tür keinem europäischen Land zugeschlagen werden. Ein Beitrittsge such sei allein Sache dieser Länder selbst.

Interessant war schließlich der Beitrag eines Unternehmers, der in Lettland weiter investieren will. Botschafterin Kuzma sieht Lettland wirtschaftlich auf einem guten Weg, auch mit Chancen in bestimmten Industriesektoren. Das Land sei aus der tiefen Krise gut herausgekommen, weil man die schmerzhaften Maßnahmen mit allen Seiten diskutiert, dann aber auch entschlossen umgesetzt habe. Entscheidend sei gewesen, auch die eigenen Schwächen selbst anzugehen.

„Es war sehr ermutigend zu hören, wie Lettland die Anforderungen der Ratspräsidentschaft anpackt und die Chancen nutzt, in dieser Zeit für das Land zu werben. Wie gut, dass die wechselnden Ratspräsidentschaften nicht abgeschafft worden sind“, betonte Landesvorsitzender Dr. Hermann Kuhn.

Verantwortlich: Dr. Henrike Müller

Baden-Württemberg

Neuer Schwung für die EU

Die Landesversammlungen der Europa-Union und der Jungen Europäer/JEF fanden in diesem Jahr – erneut gemeinsam – in Ettlingen statt. Im Rahmen des Festaktes im Asamsaal des Ettlinger Schlosses sprach der erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen und Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lambertz, zum Thema „Die EU am Scheideweg – Woher kann ein neuer Schub für die europäische Integration kommen?“. Lambertz betonte, dass es notwendig sei, die europäische Integration wieder mit einer positiven „Story“ zu verbinden. Entscheidungen auf europäischer Ebene müssten vor Ort nachvollziehbar sein. Die Regionen und Kommunen könnten daher zum Zusammenhalt in der EU beitragen. Er forderte, die Europapolitik von ihrer territorialen Blindheit zu befreien.

Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Landesvorstandes wurde Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP eindrucksvoll in ihrem Amt bestätigt. Zu ihren Stellvertretern wurden Simon Blümcke, Pantelis Nikitopoulos, Dr. Petra Püchner, René Repasi, Wolfgang G. Wettach und Florian Ziegenbalg gewählt. Schatzmeister bleibt Bernhard Freisler ebenso wie Daniel Frey Medienspre-

cher bleibt. Zum neuen Schriftführer wurde Sebastian Kärner gewählt. Beisitzer sind Jonathan Berggötz, Patricia Bischofberger und Carolin Dunkelberg.

In drei gemeinsamen Workshops befassten sich die Delegierten von Europa-Union und JEF mit den automatischen Stabilisatoren, den Beziehungen EU – Russland und der Europa-Kommunikation. Die Delegierten nahmen aus Anlass des Europäischen Jahres der Entwicklung einen Antrag zur Europäischen Entwicklungszusammenarbeit an. In einem weiteren Antrag befasste sich die Versammlung mit der Ukraine-Krise.

Bei den Jungen Europäern/JEF wurde Markus Schildknecht fast einstimmig als Landesvorsitzender wieder gewählt.

Neujahrsempfang

Der diesjährige Neujahrsempfang von Europa-Union und Europäischer Bewegung stand ganz im Zeichen der aktuellen Ereignisse in Frankreich und der Diskussionen um das Zusammenleben in Deutschland und Europa. In ihrer Ansprache rief Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch angesichts der Attentate in Paris dazu auf, die europäischen Werte der Meinungs- und Pressefreiheit zu verteidigen. Gleichzeitig gelte es, auch zu einem Miteinander im Sinne der Toleranz zwischen den Religionen zu finden. Der Konflikt in der Ukraine führe deutlich vor Augen, wie wichtig die friedliche Konfliktlösung sei. Der Landtag von Baden-Württemberg fühle sich der europäischen Idee verpflichtet und sei im Bereich der Europapolitik auch sehr aktiv. Sie dankte allen Aktiven in den Europaverbänden für ihren Einsatz. Im Anschluss an die Ansprache fand als Novum eine Diskussionsrunde zwischen der Landesvorsitzenden der Europa-Union, Evelyne Gebhardt MdEP,

der Präsidentin des Landeskomitees der Europäischen Bewegung, Marion Johannsen, dem JEF-Landesvorsitzenden Markus Schildknecht und dem letztjährigen Preisträger der besten Rede zu Europa, Admir Karamehmedovic, statt.

Karlsruhe

Wechsel an der Spitze

Im Rahmen der turnusmäßigen Neuwahlen fand ein Wechsel an der Spitze statt. Nach langjährigem Engagement, zuerst als Geschäftsführer und später als Kreisvorsitzender, hatte sich Hartmut Lorek entschieden, nicht erneut zu kandidieren. Seine außergewöhnliche Bilanz mit mehr als 430 Mitgliedern und fast 40 Veranstaltungen im Jahr 2014 waren Anlass für einen großen Dank, der seitens des Kreisverbands von Gudrun Wiesmann, von Bürgermeister Thomas Fedrow vom Ortsverband Albgau und von Florian Ziegenbalg für den Landesvorstand zum Ausdruck gebracht wurde. Einmütig wurde Heinz Golombeck zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Gudrun Wiesmann, Uwe Hempelmann und Johanna Kirsch. Schatzmeisterin wurde Christel Ruppert. Als Beisitzer wurden Gerlinde Lorch, Klaus Möbner, Gaby Bartman, Nevzat Günay, Prof. Robert Mürb, Simone Brunner, Doris Bercher und Kurt Wiehler gewählt.

Junge Europäer/JEF

Neue Kreisverbände

Die Jungen Europäer/JEF sind nun auch in den Landkreisen Ravensburg und Esslingen mit einem Kreisverband aktiv. Bei der Gründungsversammlung in Ravensburg löste Guido Wolf MdL als Referent seine Zusage als Landtagspräsident ein. Neben ihm waren Maria Heubach MdEP, Waldemar Westermeyer MdB, Rudolf Köberle MdL und Oberbürgermeister Daniel Rapp als Ehrengäste sowie rund 30 Interessierte und Mitglieder anwesend. Jonas Kaltenbach aus Horgenzell wurde zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. In Esslingen wurde ebenfalls ein neuer Kreisverband aus der Taufe gehoben. Gründungsvorsitzende ist Verena Flydaga.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



Das neue Landesvorstandsteam der Europa-Union in Baden-Württemberg
Bild: EUD Baden-Württemberg

Brandenburg

Strategie-Klausur stellt Weichen für künftige Arbeit

Deutsch-polnische Beziehungen stehen im Mittelpunkt

Der Landesvorstand hat auf seiner Strategie-Klausur im Januar beschlossen, die im letzten Jahr mit gemeinsamen Wahlprüfsteinen zur Brandenburger Landtagswahl begonnene Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (DPG) weiter zu intensivieren und auch mit anderen thematisch plausiblen Partnerorganisationen zu kooperieren. Erörtert wurden auch neue Veranstaltungsformate. Künftig möchte der Landesverband gemeinsam mit anderen europäisch ausgerichteten Organisationen gemeinsame Feste feiern, statt vereinzelte Empfänge zu geben. Entsprechende Kontakte mit der DPG Brandenburg und anderen möglichen Partnern wurden bereits aufgenommen. Themen- und Eventkooperationen taugen auch als „Warmlaufen“ für größere gemeinsame Aktivitäten im nächsten Jahr, in dem das 25-jährige Jubiläum des Deutsch-Polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrags ansteht.

Im Mai gründet sich der Kreisverband Havelland. Mitglieder und besonders engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind (nicht nur dort) willkommen, den Kreis der Aktiven zu unterstützen und zu ergänzen. Dabei sein wird im Kreisverband auch der kürzlich ins Gebiet gezogene Generalsekretär der Europa-Union, Christian Moos, der wesentlich mit zur Gründungsinitiative beigetragen hat.

2016 ist Deutsch-Polnisches Festjahr

Nach dem im Jahr 2013 vielfach festlich begangenen 50. Jahrestag des Deutsch-Französischen „Elyseevertrags“ steht 2016

das Jubiläumsjahr eines anderen großen europäischen Aussöhnungs-Vertragswerks an: Dann prägt der 1991 geschlossene Deutsch-Polnische Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag seit inzwischen 25 Jahren die nach dem Mauerfall auf neue Fundamente gestellte Nachbarschaft zwischen dem freien, demokratischen Polen (seit 2004 auch EU-Mitgliedstaat) und der in Freiheit und Demokratie vereinten Bundesrepublik Deutschland. Brandenburgs „Landesvater“ Dietmar Woidke freut sich im besten Sinne des Wortes schon heute doppelt auf das Jubiläum: sowohl als Ministerpräsident des Landes, das die Intensivierung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen auf Landesebene wie auch kommunaler Ebene längst als europäische Zukunftsaufgabe verstanden und angenommen hat, als auch in seiner nicht ganz so bekannten Funktion als Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen. Dass er sich auf das Jubiläum nicht nur „qua Amt“ freut, sondern ganz persönlich, lässt er erkennen, wenn er in Reden europäisch oder deutsch-polnisch engagierte Organisationen und Verbände dazu ermuntert, ihre Jahrestagungen und Bundeskongresse im Jahr 2016 im schönen Brandenburg stattfinden zu lassen.

Genau hingehört haben deshalb im November 2014 in Potsdam nicht nur viele Aktive der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, sondern auch andere engagierte Europäerinnen und Europäer (auch solche mit Doppelmitgliedschaft), als sie bei ihrer Jahrestagung der prominente Gastredner Ministerpräsident Dietmar Woidke als Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen ausdrücklich in seinem Grußwort ermunterte: „Denken Sie rechtzeitig darüber nach, wie Sie Ihre 25. Jahrestagung und zugleich Ihren 30. Geburtstag im Jahr 2016 begehen möchten! 2016 nämlich feiern wir auch 25 Jahre Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag. Also lassen Sie uns dieses Jahr zu einem besonderen deutsch-polnischen Jubiläumsjahr machen! Lassen Sie uns gemeinsam mit allen, denen daran gelegen ist, einen politischen und gesellschaftlichen Impuls geben – für einen weiteren Sprung nach vorn in den deutsch-polnischen Beziehungen!“

Verantwortlich: Axel Jürs



Impressum

2/2015

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Köbling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 16 04, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.4.2015
Annahmeschluss für die Ausgabe 3/2015: 20.5.15.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (02683) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>